

## Feminismus

# Krieg dem Krieg, Teil III: Frauen und Arbeiterbewegung

Von Ingrid Kohlhas / 30. Juni 2014

Bis 1908 bestanden in Deutschland gewisse rechtliche Schranken für die Mitarbeit von Frauen in Gewerkschaften. Ein Passus des preußischen Vereinsrechts verbot Frauen die Mitgliedschaft in politischen Vereinen. Hierunter fielen zum Teil auch Gewerkschaften, insoweit sie zum Beispiel durch Einfluss auf die Sozialgesetzgebung politische Ziele verfolgten.

Bis 1908 bestanden in Deutschland gewisse rechtliche Schranken für die Mitarbeit von Frauen in Gewerkschaften. Ein Passus des preußischen Vereinsrechts verbot Frauen die Mitgliedschaft in politischen Vereinen. Hierunter fielen zum Teil auch Gewerkschaften, insoweit sie zum Beispiel durch Einfluss auf die Sozialgesetzgebung politische Ziele verfolgten.

Die gewerkschaftliche Organisierung von Frauen vor dem Ersten Weltkrieg

Dass Frauen in den Gewerkschaften bis zur Jahrhundertwende nur eine geringe Rolle spielten, hat aber vor allem einen Grund: den „proletarischen Antifeminismus“<sup>1</sup> weiter Teile der Arbeiterbewegung. Die von Ferdinand Lassalle vertretene Richtung in der Sozialdemokratie und in der Gewerkschaftsbewegung trat strikt gegen außerhäusliche Erwerbsarbeit der Frauen auf.

Anders als die Männer hatten die Frauen seit ihrem Ausschluss aus den Zünften im ausgehenden Mittelalter keine berufsständische Tradition. Die Gründung der ersten Arbeiterinnenvereine Mitte des 19. Jahrhunderts geht auf die Initiative bürgerlicher Frauen zurück. Zum Teil hatten sie ausgesprochenen gewerkschaftlichen Charakter und schlossen sogar Lohntarifverträge ab.

Durch die Spaltung in einen bürgerlichen und einen proletarische Flügel der Frauenbewegung verloren die Arbeiterinnenvereine an Wirksamkeit, denn ohne entscheidende Mitwirkung entweder der bürgerlichen Frauen oder der Männer der eigenen Klasse blieb ihnen der Erfolg versagt.

Der Herausbildung einer sozialistischen Theorie der Frauenemanzipation unter Bebel, Engels und Clara Zetkin war es zu verdanken, dass die Schranken für Frauen in den Männergewerkschaften bröckelten. Die Weber- und Textilarbeiterverbände waren die ersten, die Frauen aufnahmen. 1890 wurde mit Emma Ihrer die erste Frau in die Geschäftsführung der Generalkommission des gewerkschaftlichen Dachverbandes gewählt. Aber noch 1901 beharrten die Verbände der Lithographen, der Buchdrucker und der Gastwirtsgehilfen auf dem Ausschluss der Frauen.

Demobilmachungsverordnungen nach dem Kriege

Während die Gewerkschaften während des Ersten Weltkrieges dazu beitrugen, die Wirtschaft durch Frauenarbeit in Gang zu halten, kamen die Demobilmachungsverordnungen von 1919 unter Mitwirkung führender Vertreter der Arbeiterbewegung zustande. Aufgrund dieser Verordnungen wurden Frauen

massenhaft von ihren Arbeitsplätzen zugunsten der von der Front heim- kehrenden Männer vertrieben.

Weil während des Krieges die Facharbeiter fehlten, wurden Frauen auch als Schlosser, Werkzeugmacher und Einsteller ausgebildet. In der Metallindustrie verdoppelte sich zwischen 1914 und 1918 die Zahl der weiblichen Lehrlinge und der gelernten Arbeiterinnen. Die Gewerkschaften verhielten sich gegenüber dieser Höherqualifizierung der Frauen defensiv bis ablehnend.<sup>2</sup>

Die gewerkschaftliche Organisierung von Frauen erreichte während des Ersten Weltkriegs einen Höhepunkt. 1,2 von 5,5 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern waren Frauen. Dies entspricht einem Anteil von 23 %. Nach dem Krieg setzte ein gewaltiger Rückgang der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder ein.

Der Internationale Frauentag

Am 26. und 27. August 1910 fand im Folketshus in Kopenhagen die II. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz statt, an der etwa hundert Teilnehmerinnen aus siebzehn Ländern mitwirkten, einer der wichtigsten Tagesordnungspunkte war das Wahlrecht.

„Im Einvernehmen mit den klassenbewussten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dient. Die Forderung muss in ihren Zusammenhang mit der ganzen Frauenfrage der sozialistischen Auffassung gemäß beleuchtet werden. Der Frauentag muss einen internationalen Charakter tragen und ist sorgfältig vorzubereiten.“

Clara Zetkin, Käte Duncker und Genossinnen."

Am Vorabend des 1. Weltkriegs

Am 19. März 1911 fand der erste Internationale Frauentag in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA statt. Es beteiligten sich über eine Million Menschen. Gewerkschaftslokale und Säle waren überfüllt, auf Straßen und Plätzen mussten weitere Kundgebungen veranstaltet werden. Im Jahre 1912 schlossen sich Frankreich, Holland und Schweden an. Die Forderungen waren: Frauenwahlrecht, Mutterschutz und der Achtstundentag.

Der Parteiausschuss der SPD stufte den Frauentag als Fiasko ein und wollte ihn 1913 nicht mehr begehen. Aber da hatte er nicht mit dem Widerstand der Frauen gerechnet. So fand der Frauentag auch 1913 statt. Die Veranstaltungen dehnten sich auf kleinere Städte aus. Im Verlaufe des Jahres 1913 traten 11.000 Frauen in die SPD ein. Das waren 85 % der neuen Mitglieder. Ein ähnliches Bild bot sich in den Gewerkschaften.

Auch zum Frauentag 1914 gab es Kundgebungen für das Frauenwahlrecht, gegen Militarismus und für den Frieden. Das war für lange Zeit das letzte Jahr, in denen es zu Großveranstaltungen in Deutschland, Frankreich und Österreich zum Internationalen Frauentag kam.

„Krieg dem Kriege“ – unter dieser Losung standen die Frauentagsveranstaltungen (1915) in den neutralen Ländern. Trotz Zensur, Versammlungsverbot und Verhaftungen hielten die sozialistischen Frauen und die radikalen Pazifistinnen ihren Widerstand aufrecht.

Am 8. März 1917 (23. Februar des russischen Kalenders) bildeten die Streiks der Petrograder Textilarbeiterinnen den Auftakt zur Februarrevolution, die den Sturz des Zaren zur Folge hatte und das Ende des Krieges einläutete.

Demonstrationen und Veranstaltungen gegen den Krieg

Seit 1907 bestand Kriegsgefahr in Europa. In allen großen Industriestaaten wurde kräftig gerüstet. Man bereitete sich auf die Konkurrenz um Absatzmärkte, ausbeutbare Kolonien, wirtschaftliche Vormachtstellungen und politische Einflussbereiche mit kriegerischen Mitteln vor.

Die Beschlüsse der II. Sozialistischen Internationalen von 1907 und 1912 verpflichteten alle sozialistischen Parteien, Kriege zu verhindern und bei Kriegsausbruch mit allen Mitteln für die rasche Beendigung des Krieges einzutreten.

Als die österreichische Regierung am 28. Juli 1914 Serbien den Krieg erklärte, herrschte höchste Gefahr. Dennoch schien der Weltkrieg aufhaltbar. Zwischen dem 26. Juli und 30. Juli demonstrierten allein in Berlin Hunderttausende. In Petersburg streikten 200.000 Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die erwartete Kriegserklärung der russischen Regierung. Für den 29. Juli rief das Büro der Internationale eine Sitzung nach Brüssel ein. An der öffentlichen Abschlusskundgebung nahmen etwa 100.000 Menschen teil. Aus zahlreichen Ländern gingen in der Brüsseler Zentrale Erklärungen von Gewerkschaftsführern ein, in denen sie für einen Generalstreik eintraten.

Das Ergebnis ist bekannt. Der Generalstreik wurde nicht ausgerufen. Am 2. August schlossen die Zentralvorstände der deutschen Gewerkschaften den Burgfrieden. Am 4. August stimmte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den geforderten Kriegskrediten zu. Das Desaster war komplett.

Aber die Antikriegsbewegung wurde nicht müde. Vom 25. bis 28. März 1915 fand in Bern eine sozialistische Frauenkonferenz mit 25 Delegierten aus acht kriegführenden und neutralen Ländern statt. Vier Wochen später trafen sich in Den Haag radikale Pazifistinnen: 1.136 Delegierte aus 12 Nationen. Die Antikriegsbewegung wurde stärker, die Abwehrmaßnahmen von Regierungs- und Militärbehörden schärfer. Die Bewegung gegen den Krieg war dennoch nicht aufzuhalten.<sup>3</sup>

1 Der Begriff ist problematisch, da der Antifeminismus bis heute eine die gesamte Gesellschaft betreffende Erscheinung ist. Bürgerlicher und proletarischer Antifeminismus speisen sich aus denselben Quellen.

2 Claudia Pinl, Das Arbeitnehmerpatriarchat, Köln 1973.

3 Renate Wurts, Der Internationale Frauentag, Wir wollen Freiheit, Frieden, Recht, Frankfurt am Main 1980.

Dieser Beitrag wurde publiziert am Montag den 30. Juni 2014

in der Kategorie: **Feminismus**, **RSB4**.